Bundessprecher*innenrat der Ökologischen Linken

Nachrichten aus dem Herzen der Bestie. Wie schnell will das Kapital welche Form des Faschismus?

Die Überproduktionskrise des Kapitalismus hat immer dramatischere Auswirkungen auf Mensch und Natur. Sie ist eine Krise der profitablen Verwertung des Kapitals. Die durch die kapitalistische Produktion mit ihrem Zwang zu grenzenlosem Wachstum und Profitmaximierung verursachte Klimakatastrophe führt dazu, dass die Natur in der Form, wie wir sie heute kennen, zum Teil nicht rückholbar zerstört wird. Die natürlichen Ressourcen müssen angesichts der Verwertungskrise umso rücksichtsloser ausgebeutet werden. Fossile Energieträger sollen die Profite weiter garantieren, an eine Reduzierung des Ausstoßes von Treibhausgasen ist dabei nicht zu denken. Die zunehmende relative und absolute Ausbeutung, die Zerstörung der Natur und die Klimakatastrophe durch die Zwänge der kapitalistischen Produktion finden ihren Ausdruck im politischen Überbau weltweit in faschistoiden Regierungen.

Marx und Engels stellten schon im Kommunistischen Manifest fest: »Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisieklasse verwaltet.«[1] Der Staat ist der ideelle Gesamtkapitalist, dessen Aufgabe es ist, die Verwertungsbedingungen zu schaffen, aufrechtzuerhalten und zu organisieren, da wo das konkurrenzgetriebene tendenziell kurz- bis mittelfristige kapitalistische Einzelinteresse einem langfristigen gesamtkapitalistischen Interesse widerspricht. Im Fall teilweise erfolgreicher Klassenkämpfe von unten kann der Staat auch reformistischen Forderungen der Lohnabhängigen, die den Kapitalismus als solches nicht in Frage stellen, Geltung verschaffen, damit der gesellschaftliche Frieden im Kapitalismus bewahrt wird.

Der Staat, der ideelle Gesamtkapitalist ist ein von der durch die große Krise bestimmten »Großwetterlage« Getriebener. Um angesichts der Weltwirtschaftskrise bestimmte Kapitalbereiche auf Kosten der Bevölkerung zu retten, wurde die von den Herrschenden beliebig einsetzbare Phrase »systemrelevant« etabliert. So können mit Steuereinnahmen kapitalistische Wirtschaftszweige, die durch die Krise in Schieflage geraten, erhalten werden. So wurden zu Beginn der Weltwirtschaftskrise seit 2007 große Banken gerettet, die angeblich bedeutend für die Industrie waren, weil sie mit ihren Krediten die kapitalistische Wirtschaft am Laufen hielten. Das ist gleichbedeutend mit dem, was Robert Habeck heute mit dem Begriff »systemrelevant« erklärt. Er verwendete den Begriff für den Gas-Großhandelskonzern Uniper. Weil nach dem Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine die Gaspreise explodierten, musste der Konzern zur Aufrechterhaltung der Energie-Versorgungssicherheit vom deutschen Staat gerettet werden. Hinzu kommt der Begriff der sogenannten »kritischen Infrastruktur«, die der Staat theoretisch militärisch schützen sollte, was aber gar nicht realistisch, sondern nur eine Floskel ist, um die Militarisierung der Gesellschaft zu rechtfertigen.

Weltweit ist der Faschismus auf dem Vormarsch in verschiedenen Erscheinungsformen. Auch in Europa gibt es verschiedene Erscheinungsformen des Faschismus bzw. eines

»zeitgemäßen« und auf die jeweiligen Verwertungsbedingungen angepassten Faschismus. Im Moment wird EU-Europa-weit ausprobiert, was am effizientesten ist. Die Übereinstimmung der verschiedenen Erscheinungsformen ist die Entwertung der Gleichheit ALLER Menschen.

Eine faschistoide Regierung ist eine autoritäre Regierung mit faschistischen Elementen, die aber (noch) nicht durchgängig faschistisch handelt einschließlich der Zerschlagung der Arbeiter*innenbewegung.

Georgia Meloni in Italien, ideologisch und von ihrer politischen Herkunft her eine Faschistin, die sich in der Nachfolge Mussolinis sieht, tritt insbesondere auf internationaler Ebene charmant auf, soft, einnehmend. Was steckt hinter der Fassade: sie hat das Ziel Italien mit seinen Strukturen und Institutionen (kulturell, politisch) komplett umzubauen und damit dem Faschismus mindestens für lange Zeit ein unumstößliches Fundament zu geben.
Sie treibt im Gewand einer bürgerlichen Politik eine menschenverachtende Politik insbesondere gegen Geflüchtete voran, und will sie im Bewusstsein der Italiener*innen verankern. Meloni von der Partei Fratelli d'Italia, die 2022 die Parlamentswahl in Italien mit 26 Prozent der Stimmen gewann, regiert in einer Koalition, mit der rassistischen Lega (8,8 Prozent) und der liberalkonservativen Forza Italia (8,1 Prozent).

Je weiter weg von einem kapitalistischen Zentrum eine kapitalistische Peripherie sich befindet, desto roher, direkter und brutaler treten zurzeit in der Regel faschistische bzw. faschistoide Regierungen in Erscheinung. Eine besondere Stellung nimmt China ein. Die Volksrepublik China konnte sich unter Führung der diktatorischen Kommunistischen Partei auf Grundlage der militärischen Absicherung durch den Besitz der Atombombe und einer zentral gelenkten Wirtschaft, einem Staatskapitalismus, der mit basisdemokratischem Kommunismus nichts zu tun hat, erfolgreich zu einer regionalen kapitalistischen Großmacht und schließlich zu einem kapitalistischen Zentrum entwickeln. Wesentlich dabei war, dass billige Arbeiter*innen millionenfach in Form der Wanderarbeiter*innen verfügbar waren, für die industrielle Produktion notwendige Technik importiert und angeeignet und darauf aufbauend eine auch eigenständige industrielle Produktion für den Export entwickelt werden konnte.

In Ungarn ist seit 2010 ununterbrochen Victor Orbán von der verdeckt faschistischen Fidesz-Partei Chef einer faschistoiden Regierung. Bei der Parlamentswahl im April 2022 erreichte sie 53 Prozent der Stimmen. Aufgrund des Mehrheitswahlrechts in Ungarn hat sie im Parlament deutlich mehr Sitze als es dieser Prozentzahl entspricht. Zusammen mit der mitregierenden Christlich-Demokratischen Volkspartei verfügt er über eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament. In einer Rede im Sommer 2014 propagierte er einen »illiberalen Staat« und sagte: »Nur weil ein Staat nicht liberal ist, kann er immer noch eine Demokratie sein.«[2] Demokratische Institutionen sind in einem solchen Staat nur noch Fassade. Sie dienen nur noch der Legitimation, Durchsetzung und Aufrechterhaltung der faschistoiden Herrschaft. So wird zum Beispiel das Wahlrecht so zugerichtet, dass die Regierungsparteien überproportional viele Sitze im Parlament bekommen. In der bürgerlichen Demokratie ist die Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative ein wesentliches Element. Im faschistoiden Staat wird der Justizapparat als eigene Gewalt ausgehebelt, indem insbesondere Richter*innenposten mit regierungstreuen Jurist*innen besetzt werden. In den USA sind Richter*innen im Supreme Court, dem höchsten Gericht, auf Lebenszeit ernannt. Neue Richter*innen werden nur ernannt, wenn zuvor ein*e der insgesamt neun höchsten Richter*innen gestorben oder zurückgetreten ist. Während seiner ersten Amtszeit ist es Donald Trump gelungen, das Kräfteverhältnis von einem 4 zu 5 Verhältnis zwischen

republikanisch und demokratisch orientierten Richter*innen zu seinen Gunsten auf ein 6 zu 3 Verhältnis zu verschieben. Im faschistoiden Regime ist der Justizapparat der widerspruchsfreie verlängerte Arm der Regierung.

In Frankreich verhinderten bei den von Präsident Emmanuel Macron veranlassten vorgezogenen Parlamentswahlen vom 30. Juni und 7. Juli 2024 die Wähler*innen im zweiten Wahlgang einen Sieg des faschistischen *Rassemblement National* von Marine Le Pen. Die linke *Nouveau Front populaire - NFP* (Neue Volksbewegung) hat bei den Parlamentswahlen in Frankreich zwar mit 28,06 Prozent im ersten und 25,68 Prozent im zweiten Wahlgang die meisten Sitze im Parlament gewonnen, 178 (+ 4 Verbündete), aber eine Mehrheit klar verfehlt.
Das mitte-rechts Wahlbündnis *Ensemble pour la République* bestehend aus den Parteien *Renaissance* (ehemals: *La République en Marche*) von Staatspräsident Macron, *Mouvement démocrate*, *Horizons*, *Parti radical valoisien* und *Union des démocrates et indépendants* erreichte mit 20,04 Prozent im ersten Wahlgang und 23,14 Prozent im zweiten Wahlgang die zweitmeisten Sitze im Parlament, 150 (+ 18 Verbündete), knapp vor dem faschistischen *Rassemblement National*, das mit 29,26 Prozent im ersten Wahlgang und 32,05 Prozent im zweiten Wahlgang 125 Sitze (+ 18 Verbündete) erreichte.[3]

Die neue Regierung unter Premierminister Michel Barnier war eine Koalition von *Ensemble pour la République* mit der konservativen Partei *Les Républicains* (LR), die nicht Teil von Ensemble ist. Die LR stellte mit Barnier den Premierminister, obwohl sie nur etwa 7 Prozent der Sitze im Parlament hat. Macron nahm damit einen deutlichen Ruck nach Rechts und eine Abhängigkeit von Stimmen des faschistischen Rassemblement National von Marine Le Pen in Kauf, damit seine Partei an der Regierung bleiben konnte. Denn die Regierungskoalition von Ensemble und LR war weit von einer eigenen Mehrheit im Parlament entfernt. Bereits Anfang Dezember scheiterte die Regierung, weil sowohl die *Nouveau Front populaire* als auch das faschistische Rassemblement National den am Spardiktat der EU orientierten Haushalt für die Sozialversicherung ablehnten. Den hatte die Regierung zuvor ohne Abstimmung im Parlament beschlossen, was nach Artikel 49.3 der französischen Verfassung in Ausnahmefällen möglich ist. Der Artikel sieht vor, dass sich die Regierung anschließend einem Misstrauensvotum im Parlament stellen muss, wenn die Opposition dies fordert.
Am 4. Dezember 2024 sprach die Mehrheit des Parlaments dem Premierminister Barnier das Misstrauen aus. Anschließend ernannte Macron François Bayrou vom liberalen *Mouvement démocrate, das zum Ensemble pour la République* gehört und selbst 33 Abgeordnete im Parlament hat, zum neuen Premierminister.[4] Hinter der Regierung steht neben *Ensemble pour la République* am ehesten die konservativen Partei *Les Républicains*. Um nicht abhängig vom Rassemblement National zu sein, braucht das Regierungsbündnis zusätzlich die Stimmen der *Sozialistischen Partei (Parti socialiste - PS)*, die 2024 innerhalb der *Nouveau Front populaire* zur Parlamentswahl angetreten war.[5]

In Österreich konnte 2024 ein faschistischer Bundeskanzler noch verhindert werden, weil die rechtsradikale Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) zwar mit 28,85 Prozent bei der Parlamentswahl die Mehrheit der Stimmen gewonnen hatte, aber keinen Koalitionspartner fand. Koalitionsgespräche, die Bundeskanzler Karl Nehammer von der konservativen Österreichischen Volkspartei (ÖVP), die 26,27 Prozent erreichte, mit der SPÖ (21,14 Prozent) und der neoliberalen Partei *NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum* (9,14 Prozent) führte, blieben zunächst erfolglos. Nehammer trat zurück. Die anschließenden Koalitionsverhandlungen der FPÖ mit der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) scheiterten. Unter dem Druck, Neuwahlen in Österreich verhindern zu wollen, aus der die FPÖ noch stärker hätte hervorgehen können, einigten sich ÖVP, SPÖ und NEOS Ende Februar 2025

im zweiten Anlauf doch noch auf eine Regierungskoalition. Am 3. März 2025 wurde Christian Stocker, der nach dem Rücktritt Nehammers im Januar 2025 geschäftsführend die Leitung der ÖVP übernommen und die anschließenden Koalitionsverhandlungen geführt hatte, vom österreichischen Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen zum Bundeskanzler ernannt.[6] Damit konnten die Faschist*innen aus der Regierung rausgehalten werden.

Deutschland nimmt beim Rutsch nach Rechts eine Sonderstellung ein. Hier geht es nicht so schnell, weil die Erinnerung an die NS-faschistischen Verbrechen nachwirkt. Auch wenn die Ergebnisse der Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg 2024 ein starker Ausdruck der faschistischen Tendenz sind, ist für Gesamtdeutschland dieser Trend zum Faschismus noch nicht unumkehrbar. In Brandenburg stimmten viele Wähler*innen nur deswegen für die SPD, um zu verhindern, dass die AfD stärkste Partei im Landtag wird.

Es gibt auch einen Widerspruch zwischen der Entwicklung im Westen und der im Osten. Bei der Europawahl im Juni 2024 wählten im Osten 28,5 Prozent die AfD, im Westen waren es mit 13,2 Prozent weniger als halb so viel.[7]

In der DDR wurden die Menschen über Jahrzehnte sozialisiert in einem Staat mit autoritärem Charakter, der die Einzelnen tendenziell prägte, aber einen sozialen Zusammenhalt garantierte. Im Osten wurden durch die Übernahme der kapitalistischen Verwertung auch Institutionen, die wichtig waren für den Zusammenhalt in der Bevölkerung, zerschlagen. Viele bisherige soziale Strukturen wurden ersatzlos geschleift. Als der Kapitalismus die bisherige bürokratische Kommandowirtschaft mit ihrem breiten Versorgungsanspruch zerstörte, entstand ein sozialpolitisches Vakuum verbunden mit Vereinzelung, Orientierungslosigkeit und Hoffnungslosigkeit vieler Menschen. Dies ist ein wesentlicher Wegbereiter für die Verbreitung rechtsradikaler Positionen gewesen. Vom DDR-Staat finanzierte Kulturhäuser in kleinen und mittelgroßen Städten verloren ihre finanzielle Grundlage. Staatliche Angebote für Jugendliche wie Jugendclubs wurden geschlossen, was es faschistischen Gruppen erleichterte, eine rechtsradikale Jugendkultur zu etablieren. Ein weiteres Problem war in diesem Zusammenhang der Irrweg der sogenannten akzeptierenden Jugendsozialarbeit in offenen Jugendtreffs, die unter anderem dem Aufbau des NSU-Netzwerks Vorschub leistete. Bei der akzeptierenden Jugendsozialarbeit versuchen Sozialarbeiter*innen rechtsradikale Jugendliche zu integrieren und sie damit von Gewalt abzuhalten, anstatt ihre rechtsradikalen Meinungen und Handlungen konsequent zurückzuweisen und ihnen keine Entfaltungsmöglichkeit zu geben.

Das Freiheitsbedürfnis der Menschen im Osten wurde von den Herrschenden nach der Annexion der DDR in Richtung des Konsums gelenkt. Schon zuvor waren Viele von den Konsumversprechen des Westfernsehens beeinflusst, und dachten, sie könnten das alles bekommen. Den westlichen Medien war es gelungen, einen goldenen Käfig zu präsentieren, ohne die damit verbundenen Zwänge zu thematisieren. In der Regel zeigten sie nicht, dass die vorgeführten üppigen Konsummöglichkeiten auch im Westen bei weitem nicht alle Menschen hatten. Eine Rolle für die Menschen im Osten spielte auch das berechtigte Interesse frei reisen zu können.

Ein dem Konsum im Westen vergleichbares Maß ist den Meisten von ihnen aber versagt geblieben ist. Aber auch viele von denen, die noch ein passables Auskommen in den neuen kapitalistischen Verhältnissen haben, also viele Kleinbürger*innen, wählen die AfD, weil sie Angst vor einem Abstieg haben. Hinzu kommen proletarische Menschen, die von einem kleinbürgerlichen ideologischen Gerüst geprägt sind, und sich unterprivilegiert und zurückgesetzt fühlen. Auf die Hoffnungen der (Konsum-)freiheit folgt ein Prozess der

Ernüchterung. Ihr zerrüttetes Bewusstsein macht sie anschlussfähig für rechtsradikale Positionen. Dass sie rassistisches Gedankengut entwickeln, ist auch begünstigt dadurch, dass die deutsche Bevölkerung im Osten im Gegensatz zu der im Westen in ihrem Alltag jahrzehntelang von Erfahrungen mit Menschen aus anderen Herkunftsländern abgeschottet war.

In der Linkspartei gab es in einer Übergangszeit noch die alten Genoss*innen«. Sie war eine Partei, in der die alten Zusammenhänge weiterlebten und die Mitglieder auf linksnationale Positionen orientiert wurden. Diese Gemeinschaft war auch ein sozialer Kitt in kleinen Städten, der rechtsradikale oder faschistische Gruppen verhinderte oder nur langsam wachsen ließ. Seit einigen Jahren zerbricht die Linkspartei immer mehr, auch weil die älteren Mitglieder und Anhänger*innen wegsterben.

Das geht damit einher, dass die Menschen im Osten nicht die Erfahrungen der kulturellen Revolte der Außerparlamentarischen Opposition gemacht haben, die im Westen Deutschlands bis heute positiv nachwirken. Obwohl die Rebellion der APO – bezogen auf ihre umfassenden revolutionären Ansprüche – scheiterte, veränderte sie die gesellschaftlichen Verhältnisse tiefgreifend. Bis heute ist es Rechten und Rechtsradikalen nicht gelungen, diese tiefgreifende Veränderung wieder vollständig umzukehren. Einerseits wurden die staatlichen Repressionsinstrumente geschärft und bis zur heutigen Überwachungsgesellschaft weiterentwickelt. Andererseits entstand aus den Zerfallsprozessen der APO eine neue Dynamik außerparlamentarischer sozialer Bewegungen: die Frauenbewegung und die Kampagne gegen den Abtreibungsparagrafen 218, die Anti-AKW-Bewegung der 1970er Jahre und die Ökologiebewegung, die Hausbesetzer*innenszene und die Autonomen, radikale Linke und Antifa-Gruppen, die Solidaritätsbewegungen mit (nationalen) Befreiungskämpfen beispielsweise in Chile, Nicaragua, El Salvador und Südafrika.

Die Corona-Pandemie hat die sozialpsychologische Anspannung zusätzlich verschärft. Freiheit wurde noch stärker als zuvor mit Egoismus gleichgesetzt. Dass diese Freiheit des egoistischen Auslebens von Bedürfnissen von der Regierung beschränkt wurde, hat Viele zum Ausrasten gebracht.

Vielfalt, als positiv besetzter Wert, also die Freiheit für verschiedene Lebensentwürfe, Gendergerechtigkeit, unterschiedliche geschlechtliche Identität, kulturelle Einflüsse und sexuelle Orientierungen, wird, angesichts einer zum Teil irrationalen Angst vor Verarmung, von Vielen nicht mehr akzeptiert oder verstanden. Viele fürchten das Recht Anderer auf Vielfalt als Risiko für ein vermeintlich halbwegs gesichertes eigenes Auskommen.

Als Teil der Faschisierung zeigt sich die soziale Spaltung der Gesellschaft in einer extremen Entsolidarisierung und Brutalisierung eines großen Teils der Mittelschicht gegenüber den sozial Benachteiligten. Denn es könnte ja den relativen Wohlstand der Mittelschicht mindern, wenn der Staat wirklich etwas gegen die Armut unternähme. So wird das Elend der anderen ausgeblendet, bewusst in Kauf genommen oder gerechtfertigt, je nach dem Grad der Verrohung. Von denjenigen, die materiell zu sozialen Kämpfen in der Lage wären, ist also nichts zu erwarten.

Die anderen, die aufgrund ihres Elends »objektiv« zum Kämpfen bereit sein müssten, können es oft aufgrund ihrer materiellen Situation nicht: Sie sind so abgehängt, häufig psychisch am Ende, durch jahrelange staatliche Demütigung entmutigt, dass sie erst einmal nicht kämpfen können.

Das sozialpsychologische Elend aus der Corona-Zeit verschärfte sich nahtlos durch die brutale Veränderung der Politik bezüglich Krieg und Frieden. Frieden war nach dem Zweiten Weltkrieg als Forderung hegemonial und ein für sehr viele unhinterfragbarer Wert. Damit ist von den Herrschenden endgültig gebrochen worden. Nun wird die ganze Bevölkerung von der Regierung in eine Art Kollektivhaftung im Krieg genommen, er ist der absolute Treiber für den endgültigen Weg in eine militarisierte Gesellschaft. Die Verteidigung der Ukraine gegen den Angriffskrieg Russlands ist hier das Einfallstor. Der autoritäre Staat bekommt eine Basis für Maßnahmen, die sich gegen die kleinen erreichten Freiheiten wenden können. Die Herrschenden bauen im ideologischen Überbau ein irrationales Feindbild einer Bedrohung von außen auf, das dazu dient, eine formierte Gesellschaft zu schaffen.

Verbunden ist das mit einer Umwertung der Werte. Tun müssen, Disziplin, Gehorsam und Unterwerfung gewinnen an Bedeutung. Die Bundeswehr drängt immer mehr in die Bildung, in die Schulen, in die Universitäten und auch in die Forschung, was lange Zeit nur verdeckt möglich war. Die sogenannten Drittmittel in der Forschung haben dem schon den Boden bereitet.

Eine Ausdrucksform dieses Weges in eine Militarisierung der Gesellschaft ist das von der SPD/Grünen/FDP-Bundesregierung geschaffene Sondervermögen für die Bundeswehr. Die Milliarden, die nun in die Aufrüstung gesteckt werden, werden im sozialen Bereich und kulturellen Bereich fehlen. Hier findet auch eine Entwertung sozialer Gerechtigkeit statt, soziale Gleichheit ist kein Ziel mehr. die zunehmende soziale Spaltung der Gesellschaft wird betoniert.

Mit dem Sondervermögen wurde rüstungspolitisch eine Büchse der Pandora geöffnet. Der Rüstungskonzern Rheinmetall wird von der Regierung hofiert und bekniet, seine Rüstungsproduktion auszuweiten.

Überhaupt haben Rüstungskonzerne seit Anfang 2022 deutlich an Bedeutung gewonnen und sie machen riesige Profite. Ihnen nützt eine von der militärischen Logik bestimmte autoritäre Grundrichtung der Gesellschaft. Die Meyer Werft in Papenburg bei Bremen wurde aufgrund ihrer potenziellen Bedeutung für die Rüstung vom Staat, dem ideellen Gesamtkapitalisten gerettet, und gehört nun zu 80 Prozent dem Bund und dem Land Niedersachsen.[8] Habeck sprach in diesem Zusammenhang der Meyer Werft »systemische Bedeutung« zu.[9]

Die Militarisierung der Gesellschaft bremst auch, was zuvor noch an sozialer Bewegung da war. Allerdings wurden die Euphorie und die individuellen Lernprozesse der Fridays for Future Bewegung auch schon durch Corona ausgebremst. Hinzu kommt hier die Wirkungslosigkeit der grundsätzlichen Ausrichtung der großen Mehrheit der Klimabewegung. Ihre Beschränkung auf sogenannte friedliche Aktionsformen wie Demonstrieren und später auch symbolisches Blockieren und die bloßen Appelle an die Bundesregierung ist Kern der Wirkungslosigkeit. Alle weitergehenden Aktionsformen werden als Gewalt diffamiert, auch Sachbeschädigung. Es wird nicht mehr zwischen Sachbeschädigung und Gewalt gegen Menschen unterschieden. Die verschärfte Repression des Staates verstärkte diese Selbstbeschränkung. Die Ausrichtung von FFF an einem grünen, sogenannten gewaltfreien Dogma ihrer Eltern, mit der Illusion Regierungspolitik so substanziell ändern zu können, zementierte die Wirkungslosigkeit trotz zeitweiser Veränderung des gesellschaftlichen Diskurses.

Im Gegensatz dazu hatte zum Beispiel die Antiatombewegung der 1970er Jahre es verstanden einen kulturellen Gegenentwurf zum gesellschaftlichen Mainstream mit militanten Aktionen zu verbinden, das heißt ohne Gewalt gegen Menschen.

Die FFF-Bewegung in Deutschland gab es überwiegend im Westen, im Osten spielte diese Aufbruchstimmung keine große Rolle. Hier wurde die Klimakrise nicht so hochbewertet wie im Westen, in dem es eine jahrzehntelange sozialökologische Entwicklungslinie in sozialen Bewegungen gegeben hat. In der Bevölkerung der Ex-DDR war eher das Gegenteil weit verbreitet. Die Angst davor, etwas aufgeben zu müssen, »nur« um das Klima zu retten, war hegemonial.

Die FDP ist eine absolut kompromisslose Partei der unsozialen Schuldenbremse, die die Umverteilung von unten nach oben zuspitzt. Sie bedient auch das rückwärtsgewandte fossile deutsche Autokapital, das wesentlich mitverantwortlich ist für die Klimakatastrophe. Die sogenannte Schuldenbremse ist ihr wirtschaftspolitisches marktradikales/neoliberales Heiligtum und Mittel dazu, Fortschritt zu blockieren im Interesse des althergebrachten Kapitals, weswegen sie für Verbrennerautos und zusammen mit der CDU/CSU, die hier der Treiber ist, für Atomenergie eintritt. Weil zum Beispiel kreditfinanzierte staatliche Subventionen für ein bezahlbares E-Massenauto fehlten, baute VW große teure E-Autos, für die es keinen ausreichenden Markt gibt. Die folgende Verwertungskrise des VW-Konzerns soll jetzt auf dem Rücken der Belegschaft mit Massenentlassungen und/oder Lohnkürzungen usw. gelöst werden.

Dafür, dass die soziale Grausamkeit der Schuldenbremse im Jahr 2009 mit der notwendigen Zwei-Drittel-Mehrheit ins Grundgesetz aufgenommen wurde, sind neben den damaligen Regierungsparteien CDU/CSU und SPD auch die Grünen und die FDP mitverantwortlich. Die Grünen hatten nur Detailkritik an der konkreten Ausformung der Schuldenbremse. Obwohl die FDP die Schuldenbremse befürwortete, enthielten sich die meisten FPD-Abgeordneten bei der namentlichen Abstimmung im Bundestag, weil die FDP-Führung die Regierungskoalition aus Prinzip nicht unterstützen wollte.[10] Einmal geschaffen, ist die Schuldenbremse kaum mehr aus dem Grundgesetz herauszubekommen, da eine Zwei-Drittel-Mehrheit für ihre Abschaffung nur in einer historischen Ausnahmesituation zustande käme.

So laufen viele Fäden zusammen, die eine Grundlage dafür bilden, dass sich faschistoides Gedankengut ausbreitet.

Die Spaltung der Linkspartei lässt eine linke systemimmanente parlamentarische Alternative verschwinden. Für das *Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW)* ist Nationalismus und die damit verbundene Ausgrenzung Anderer nicht negativ besetzt. Zudem ist für das BSW Freiheit für Alle, zum Beispiel das Eintreten für Gendergerechtigkeit und die Rechte von nonbinären bzw. sich als divers verstehenden Menschen und von LGBTQI* Personen, eine individualistische Verirrung. Das BSW zeigt sich offen dafür, nach der Bundestagswahl gemeinsam mit der AfD zu versuchen, Gesetze, die die sogenannte Ampel-Regierung gemacht hat, zurückzunehmen.

Nach dem Bruch der SPD/Grünen/FDP-Regierungskoalition droht nach den Neuwahlen zum Bundestag im Februar 2025 eine rechte bis faschistische Mehrheit im Parlament. Sehr deutlich zeigt sich das bei der parteiübergreifenden Zustimmung von SPD, Grünen, FDP, CDU/CSU, AfD und BSW zur rassistischen Gemeinsamen Europäischen Asylpolitik (GEAS). Und die Linkspartei fällt zurzeit vor allem durch ihren antizionistischen Antisemitismus auf.

Nachdem es nach der Bundestagswahl Anfang 2025 voraussichtlich zu einer großen Koalition aus CDU/CSU und SPD kommen wird, wird eine Regierung unter dem Bundeskanzler Friedrich Merz klar rechts bis rechtsradikal ausgerichtet sein. Aufgrund des Kräfteverhältnisse im Parlament wird die faschistische AfD weiter an Bedeutung gewinnen und zwangsläufig mindestens indirekt in Entscheidungsfindungen einbezogen sein. Die von der Rechtswendung der Medien gepuschte AfD treibt die Regierungskoalition mit ihrer medial angeheizten Hetze vor sich her. So konnte und kann die Regierung viele extrem rechte Entscheidungen treffen und die Situation im menschenrechtlichen, ökologischen, sozialen Bereich und im Bereich der Repression weiter verschärfen. Der Weg vom autoritären Staat über den Polizeistaat auf Abruf bis hinein in den Faschismus wird beschleunigt.

Das eliminatorisch antisemitische Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023 hat massiv dazu beigetragen, dass das Potenzial für radikale linke soziale Bewegungen weiter erodiert. In Teilen der Linken in Deutschland und weltweit hat das Massaker trotz oder gerade wegen seiner gnadenlosen Grausamkeit dem antizionistischen Antisemitismus mit dem Ziel der Vernichtung des »Judenstaates« Israel einen ungeahnten Auftrieb verschafft. Der antizionistische Antisemitismus in Teilen der Linken, vor allem trotzkistischer Gruppen und von Gruppen, die an einer alten, falschen antiimperialistischen Analyse, die nur die »Supermacht« USA als imperialistisch ansieht, festhalten, bezieht sich auf einen unreflektierten Marxschen Grundsatz, immer auf der Seite der Unterdrückten zu stehen. Der Antisemitismus folgt einer antiemanzipatorischen, unsolidarischen Grundlogik und ist Türöffner für Spaltung und autoritäre Denkmuster. Im Spannungsverhältnis zwischen dem Kampf gegen Rassismus und dem Kampf gegen Antisemitismus sehen Viele nicht, dass dem Antisemitismus ein tiefer liegendes Prinzip der Diskriminierung zugrunde liegt, weil hinter dem Antisemitismus eine absolute Vernichtungsabsicht gegenüber allen Juden*Jüdinnen steckt.

Wie stark ein entfesselter Antisemitismus zugenommen hat, zeigt sich darin, dass er sich zunehmend gewalttätig äußert. Das antisemitische Pogrom an Rand des Europa-League-Fußballspiels von Maccabi Tel Aviv in Amsterdam, bei den Juden*Jüdinnen von Antisemit*innen geschlagen, systematisch gedemütigt, gejagt und ins Wasser der Amsterdamer Grachten geworfen wurden, beweist, dass Juden*Jüdinnen in EU-Europa nicht mehr sicher sind. Bereits vor dem Spiel hatten sich antizionistische Gruppen mit Aufrufen in den sozialen Medien darauf vorbereitet, Juden*Jüdinnen anzugreifen und durch die Stadt zu jagen. Die neue Co-Vorsitzende der Linkspartei, Ines Schwerdtner, kommt vom Magazin Jacobin, das bestreitet, dass es sich bei der antisemitischen Verfolgung in Amsterdam um ein Pogrom gehandelt hat.[11] Das ist Ausdruck davon, wie weit hegemoniale Teile der Linkspartei heruntergekommen sind.

Die wichtigsten exportorientierten Branchen in Deutschland sind die Autoproduktion, Maschinenbau, Chemie, Elektrotechnik und Rüstungsproduktion. Sie sind tendenziell nicht an einer faschistischen Politik interessiert. Um weltweit Geschäfte machen zu können, braucht das deutsche große Kapital mindestens ein weltoffenes Image. Hinzu kommt der Bedarf an billigen Arbeitskräften. Weil auf dem deutschen Arbeitsmarkt viele Fachkräfte fehlen, spielt auch das Interesse an der Einwanderung von gut ausgebildeten Migrant*innen eine Rolle. Sie sollen als Fachkräfte in deutschen Produktionsstandorten ausgebeutet werden können, indem sich das Kapital den von ihnen geschaffenen Mehrwert als Profit aneignet.

Dem Kapital der großen Branchen und den sogenannten mittelständischen Betrieben gemeinsam ist die Absicht immanent, Menschen nach Verwertungskriterien zu sortieren. Dafür steht auch die Forderung nach einem Einwanderungsgesetz. Der Abschaffung des

Asylrechts stehen sie gleichgültig gegenüber. Auch hier ist es die Aufgabe des Staates, des ideellen Gesamtkapitalisten, die bei aller Gegensätzlichkeit gemeinsamen Interessen des Kapitals zu moderieren.

Krieg, Armut, Hunger, Krankheit und Tod zerrütten weltweit Gemeinschaften, treiben Millionen Menschen in die Flucht. Aber nicht das menschliche Leid, sondern das ökonomische Interesse des Kapitals an in den Bereichen gut ausgebildeten Menschen, in denen das Kapital dringend Arbeitskräfte sucht, soll ausschlaggebend dafür sein, wer nach Deutschland einwandern darf und wer draußen bleiben muss.

Große Teile des Kapitals sind daher für eine aktive Einwanderungspolitik des Staats. Dem steht der Rassismus im Weg. So gibt es auch von einzelnen kapitalistischen Akteur*innen, aber auch von Kapitalverbänden und Kapitalgruppen Initiativen, die rassistische Hetze der Faschist*innen abzuschwächen. Denn das Kapital lebt von der Verwertung der Ware Arbeitskraft. Hieraus schöpft das Kapital den Mehrwert, seinen Profit. Das Kapital braucht die Migration von qualifizierten Fachkräften in die kapitalistischen Zentren. Daher soll der Staat eine an diesen spezifischen Interessen ausgerichtete Einwanderungspolitik betreiben. Hierfür steht unter anderem die Initiative »Made in Germany – Made by Vielfalt«. Die daran beteiligten ca. 90 Firmen sehen sich selbst als »deutsche Familienunternehmen«, die auf Arbeitskräfte aus dem Ausland (»Zuwanderung«) angewiesen sind. Dabei sind unter anderem Boehriger Ingelheim, Dräger, edding, fischer Group, Hansa Flex, Klett Gruppe, Miele, Oetker-Gruppe, Rossmann, Trigema, Vorwerk, Rapunzel und Voelkel.

Der Mittelstand in der Ex-DDR hingegen ist weniger auf dem Weltmarkt aktiv. Daher finden hier nationalistisch-rassistische Konzepte stärkeren Zuspruch. Relativ viele (kleine) Selbstständige besonders im ehemaligen Gebiet der DDR, die regional verankert sind, zum Beispiel Handwerker*innen, wählen die AfD.

Das gemeinsame Interesse des Kapitals bzw. der Bourgeoisieklasse ist die Profitmaximierung. Sie hatte auch für die aktuelle SPD/Grünen/FDP-Bundesregierung Vorrang vor einem begrenzten ökologischen Umbau des kapitalistischen Produktionsprozesses. Robert Habeck ist als Vertreter sogenannter reformkapitalistischer Interessen (Green New Deal) gescheitert. Er wollte die E-Mobilität voranbringen, sah aber keine dafür notwendigen Subventionen vor. Er setzte auf die Wasserstofftechnologie, die in der von ihm verfolgten zentralistischen Strategie großen Konzernen nützt. Habeck billigte die unsoziale ungeheure Verteuerung der Energieversorgung, die den Öl- und Gaskonzernen satte Extraprofite brachte. Die Bildzeitung und die CDU/CSU konnten sein autoritäres Heizungsgesetz benutzen, um eine Kampagne gegen die Grünen in Gang zu setzen, auch weil es sozial nicht abgefedert und kommunikativ nicht vermittelt war. Das Heizen mit Wärmepumpen ist eine fortschrittliche Technologie, von der wissenschaftlich nachgewiesen ist, dass sie eine der effizientesten Formen der Erzeugung von Wärmenergie ist.

Bestimmte Teile des Kapitals sind sich dessen bewusst, dass aufgrund der Klimakatastrophe jetzt umgerüstet werden müsste auf eine ökologischere Basis, weil sonst die langfristigen Schäden und deren Kosten eskalieren werden. Es ist ein Widerspruch und Kampf zwischen den lang- und kurzfristigen Interessen.

Der Wachstumszwang und die Teilkrisen, die in der Summierung die Krise des Kapitals ausmachen, erschweren zurzeit die Kapitalverwertung. Grundsätzliche technologische Veränderungen in Angriff zu nehmen stellt dabei ein zusätzliches Risiko dar. Ursache dafür ist auch eine jahrzehntelange falsche Politik des ideellen Gesamtkapitalisten im Energiebe-

reich, weil nur die kurzfristigen Interessen bedient wurden. Fossile Energieträger, die mit einer zentralistischen Produktion verbunden sind, sollten nicht entwertet werden durch eine notwendige radikale Neuausrichtung auf auch dezentral nutzbare regenerative Energien.

Das Herz der Bestie, die kapitalistischen Zentren, war früher der Hort der bürgerlichen Demokratie. Hier waren die demokratischen Menschenrechte mindestens ideologisch aufbewahrt und für einen Teil der Bevölkerung, der vom kapitalistisch produzierten Reichtum etwas abbekam, zum Teil auch verwirklicht.

Angesicht der Krise verschärfen sich die Verhältnisse. Um die im Kapitalismus durch den Widerspruch von Kapital und Arbeit bedingte soziale Ungleichheit aufrechtzuerhalten, stellen Staat und Kapital immer mehr Menschenrechte, bürgerliche Freiheitsrechte zur Disposition. Das freie Agieren des Kapitals, das auch durch formale demokratische Prinzipien gewährleistet sein kann bzw. zeitweise sogar besonders gute Voraussetzungen darin findet, steht in einem Spannungsverhältnis dazu, den Staat an der Seite zu haben, der die angesichts der Überproduktionskrise notwendigen verschärften Ausbeutungsbedingungen durchsetzt. Andererseits können Kapitalfraktionen auch von staatlichen Konjunkturprogrammen profitieren. Die unterschiedlichen Kapitalfraktionen brauchen den Staat, um ihre widersprüchlichen Interessen so zu moderieren, dass das langfristige gemeinschaftliche Interesse des Kapitals, die kapitalistischen Verwertungsbedingungen zu bewahren, verwirklicht wird.

Die Erfolglosigkeit der bisherigen Krisenpolitik der Bundesregierung in der Wahrnehmung großer Teile der Bevölkerung verstärkt die Tendenzen zum Faschismus und faschistoiden bis faschistischen Regierungen. Liberale demokratische Regierungen erscheinen als zu schwach. Diskussionen, gar Streit werden als destruktiv empfunden. Der starke Mann, übergangsweise eventuell die starke Frau, könnte hingegen die Dinge wieder richten, glauben Viele.

Immer mehr Staaten stellen die universelle, weltweite Gültigkeit der Menschenrechte in Frage. Der mit dem Gleichheitsanspruch des Humanismus verbundene Universalismus ist in der Defensive. Faktisch wurde der mit der Gleichheit aller Menschen verbundene Freiheitsanspruch auch nie eingelöst. Weltweit gesehen ist die Herrschaftsform des autoritären Staates vorherrschend.

Der Zerfall der USA als hegemoniale Weltmacht aufgrund der innerimperialistischen Konkurrenz insbesondere zu China bildet die ökonomische Basis für die antidemokratischen Entwicklungen im politischen Überbau. Die ökonomisch aufstrebende Volksrepublik China gilt mit der Regierungsform des autoritären Staates den Herrschenden in den kapitalistischen Zentren zunehmend als Vorbild für Effizienz und Handlungsfähigkeit einer Regierung. Einzelne Regierungen werden in ihrer Funktion als Ordnungsmacht gemessen an ihrer Durchsetzungskraft gegenüber den Lohnabhängigen und bezüglich der Innovationskraft der nationalen Wirtschaft.

Angesichts der weltweiten Situation der Faschisierung autoritärer Regime stellt sich die Frage, ob der Faschismus mittel- bis langfristig überhaupt noch Raum für andere kapitalistische Herrschaftsformen lässt?

Der ganze Irrationalismus, den der Kapitalismus hervorbringt, gewinnt auch in den Zentren des Kapitalismus an Bedeutung, wie mensch an der Entwicklung und der breiten Unterstützung für Donald Trump sehen kann. Das Ergebnis der Präsidentschaftswahl in den USA legt nahe, dass in vielen politischen Analysen identitätspolitische Motive der Menschen wie

Herkunft, Geschlechtsidentität und sexuelle Orientierung für ihre Wahlentscheidung überschätzt werden. Die kapitalistische Konkurrenz erfasst und spaltet auch die Lohnabhängigen untereinander. Wenn es keine gemeinsamen Klassenkämpfe und Solidarität der Lohnabhängigen gibt, ist es im Hauen und Stechen um die kleinen Anteile am gesellschaftlichen Reichtum, den sie mindestens zeitweise mal erringen können, wichtig für sie, innerhalb der eigenen Klasse nicht zu den Verlierer*innen, sondern zu den Gewinner*innen zu gehören.

Aus einem solchen unsolidarisches Ringen um den eigenen Vorteil resultiert die Neigung, sich Autokrat*innen, also vermeintlich starken Persönlichkeiten, die mit viel persönlicher Macht ausgestattet sind, anzuschließen. Sie belügen die Menschen und versprechen, dass sie dafür sorgen, dass die Menschen in der Mitte von der noch stärkeren Unterdrückung derer, die ganz unten sind, profitieren werden.
Zur US-Wahl sagt Jutta Ditfurth: »Hass wurde gewählt und die Gemeinheit, Geldgier und Frauenhass. Rassismus und Entwertung von Menschen haben [einen] eigenen Präsidenten. Der Kapitalismus zeigt seine hässlichste Fratze. Wer keine bessere Welt für alle will, sondern nur seinen Anteil an Macht und Beute hat #Trump gewählt.«[12]

Mehrere deutsche Konzerne wie Bayer, BASF, Fresenius und Siemens unterstützten 2024 Donald Trump im US-Präsidentschaftswahlkampf.[13] Der Möchte-Gern-Diktator, Soziopath und Faschist[14] kündigte an, die Wahlen in den USA abzuschaffen und wurde dennoch oder gerade deswegen gewählt. Er will das politische System der USA entdemokratisieren, indem er in der Verwaltung und Justiz Beschäftigte austauscht und sie mit Leuten besetzt, die seine menschenfeindliche Gesinnung teilen. Er stellt als US-Präsident mit seiner unberechenbaren Politik ein enormes Risiko für die zerbrechliche Stabilität internationaler Verhältnisse und Beziehungen dar. Für seine dem Kapital treu ergebene Politik schart er Mitstreiter*innen als Minister*innen und staatliche Funktionär*innen um sich, die ihm ähnlich sind. Der Supreme Court ist bereits gleichgeschaltet.

Die liberale Demokratie, die jahrzehntelang in den kapitalistischen Zentren als die für den am Weltmarkt orientierten kapitalistischen Verwertungsprozess aufgrund ihrer Effizienz beste bzw. ideale Regierungsform galt, verliert zunehmend an Bedeutung. Denn sie verspricht etwas, was sie nicht halten kann, weil sich in der kapitalistischen Gesellschaft die abstrakte Gleichheit zunehmend als konkrete Ungleichheit realisiert. Dass die Gleichheit ein leeres Versprechen ist, ist schon im ideologischen Überbau angelegt, in dem der entscheidende antagonistische Widerspruch zwischen dem Besitz und dem Nichtbesitz von Produktionsmitteln, zwischen Kapital und Arbeit, keine Rolle spielt. Nach dem Wegfall der Systemkonkurrenz zur bürokratischen Kommandowirtschaft der RGW-Staaten, insbesondere der Sowjetunion, konnte das Kapital im Klassenkonflikt nahezu hemmungslosen Klassenkampf von oben führen und die Kampfkraft der Arbeiter*innenklasse zerschlagen. So konnte der Staat im Interesse des Kapitals immer mehr Steuern für die Reichen und Konzerne abschaffen und schränkte seine eigenen finanziellen Spielräume für soziale Politik ein. Der Frust über die uneingelösten Wohlstandsversprechen und abgebauten Konsumfreiheiten treibt viele Lohnabhängige ohne Klassenbewusstsein nach rechts.

Ein Grund, warum die liberale bürgerliche Demokratie ins Hintertreffen geraten ist, ist auch, dass die sozialdemokratische illusorische Vision des Keynesianismus, der Kapitalismus könne mit Hilfe von Investitionsprogrammen des bürgerlichen Staates krisenfest gemacht werden, krachend gescheitert ist. Die traditionelle Sozialdemokratie bzw. der reformistische Teil der Arbeiter*innenbewegung erhoffte sich von der kapitalistischen Produktivkraftentwicklung den automatischen Übergang vom Kapitalismus in den Sozialismus.

Der New Deal, der nach der Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1933 in den USA unter der Regierung von Präsident Franklin D. Roosevelt geschmiedet wurde, sollte für die Grünen Vorbild sein für einen ökologischen Umbau des Kapitalismus in Form eines Green New Deals. Der New Deal in seiner Funktion als Stimulanz für die kapitalistische Wirtschaft, war mit seinem korporatistischen Verständnis einer für alle Seiten gewinnbringenden Verständigung zwischen Kapital, Staat und Arbeit, der sogenannten Sozialpartnerschaft, eine der Grundlagen der fordistischen Massenproduktion. Technologisch ermöglicht durch die standardisierte Fließbandarbeit, und stimuliert durch eine staatliche Investitionspolitik, war sie zu einem wesentlichen Teil aufgebaut auf der Automobilindustrie und der massenhaften Automobilität, die heute mit ihrer zerstörerischen Dimension eine der Hauptprobleme im Zusammenhang mit der Klimakatastrophe darstellt.

Dass der New Deal scheinbar eine Zeit lang funktionierte, wurde begünstigt durch die Militarisierung der US-Wirtschaft im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg und einer wachsenden staatsfinanzierten Rüstungsindustrie.

Der New Deal bzw. der auf ihn nach dem Zweiten Weltkrieg folgende Fordismus hatte neben seiner katastrophalen ökologischen Wirkung noch einen anderen Preis, die Verschuldung der Staaten, als der Prozess ab Ende der 1960er Jahre ins Stocken geriet.

Der Versuch, dies mit dem keynesianistischen Prinzip staatlicher Investitionsprogramme aufzufangen, war zunächst erfolgreich, musste aber langfristig scheitern. Die staatlichen Investitionen blieben weltweit langfristig ohne positive Wirkung auf die Steuereinnahmen und Einnahmen aus den Sozialversicherungen. Was blieb, war weltweit eine Spirale zunehmender Staatsverschuldung ab den 1970er Jahren, die als Rechtfertigung für immer weitergehende soziale Kürzungen und für die schrittweise Demontage des Sozialstaats dienten bei gleichzeitiger Abschaffung von Steuern für Reiche und die Konzerne.

Der Aufschwung, der in den kapitalistischen Zentren zunächst noch den Aufbau sozialer Sicherungssysteme und eine relative Teilhabe der Lohnabhängigen am gesellschaftlichen Reichtum ermöglicht hatte, endete spätestens in den 1980er Jahren.

Es folgte in den nächsten Jahrzehnten ein Angriff auf Löhne und Versicherungsleistungen der Lohnabhängigen bis hin zum sozialen Terror in unterschiedlicher Intensität in den kapitalistischen Zentren wie Hartz IV oder das Hartz IV wieder ähnlicher werdende, um harte Sanktionen ergänzte Bürgergeld. Da, wo die erkämpften Strukturen der Arbeiter*innen zerschlagen wurden wie in Großbritannien unter Margaret Thatcher, vollzogen sich die Umstrukturierungsprozesse hin zum Neoliberalismus schneller.

Der Zusammenbruch der Staaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW-Staaten) mit ihren bürokratischen Kommandowirtschaften in den Jahren 1989 bis 1991, einschließlich der DDR und der Sowjetunion, ermöglichte die Ausplünderung dieses davor »realsozialistischen« Wirtschaftsraums durch die kapitalistischen Zentren. Das aufgrund des politischen Vakuums nicht mehr ausgeübte Staatsmonopol in diesen Ländern ermöglichte ungesteuerte kapitalistische Raubzüge und brachte insbesondere den führenden Mächten EU-Europas, Deutschland und Frankreich, neue Verwertungsmöglichkeiten.

Der New Deal war eine sozialdemokratische Scheinlösung der im Kapitalismus ständig auftretenden Überproduktionskrise für eine begrenzte Zeit. Auf Dauer konnten die zu hohen Produktionskapazitäten nicht durch staatliche Maßnahmen aufgefangen werden.

Viele Menschen, die sich vor der Klimakatastrophe fürchten, setzten ihre Hoffnung auf die Grünen, die sich als Botschafter des »Green Deal« anbieten und den Glauben an einen grünen Kapitalismus schüren. Das ist für die Menschen bequem, weil keine zu großen Einschnitte in die gewohnte Form des Lebens nötig erscheinen.

Mit dem Parteitagsbeschluss der Grünen im November 2019, in dem sie sich für einen Green New Deal aussprechen, setzen sie auf die Gestaltungsmacht des Marktes, auf die Selbstregulierung des Kapitalismus und damit auf das Scheitern ihrer Klimapolitik.

Wenn es um das andere Gesicht des Faschismus von morgen geht, bringt die Übertragung der historischen Erscheinungsformen des NS-Faschismus auf die Gegenwart nicht viel.

Die Höcke-AfD wiegelt extrem rechte Teile der Bevölkerung zur Gewalt auf, greift selbst aber noch nicht zu faschistischer Gewalt. Die bürgerlichen, sogenannten demokratischen Regierungen der letzten Jahre haben allerdings einer modernisierten Form des Faschismus bereits seit Jahrzehnten den Weg geebnet.

Sowohl der NS-Faschismus wie auch zum Beispiel ein möglicher (Techno-)Faschismus sind totalitäre kapitalistische Herrschaftsformen. Der (Techno-)Faschismus zeichnet sich durch eine totale Unterwerfung aller Menschen bis in den letzten Winkel des Alltags aus. Dieses allumfassende Potenzial von Überwachung und Lenkung wird nahezu unsichtbarer Normalzustand von Unterdrückung und Selektion, übertüncht durch tatsächliche und scheinbare Erleichterungen bei Arbeit und Konsum. Die neuentwickelte Technologie der Künstlichen Intelligenz ist eine widersprüchliche Technologie. KI verstärkt mit ihren destruktiven Potenzialen die Möglichkeiten der Manipulation, Überwachung und Repression weiter und eröffnet andererseits neue produktive Chancen. Gleichzeitig ersetzt sie dabei Menschen, die ihre Lohnarbeit verlieren und dadurch erwerbs- bzw. mittellos werden. Und sie fördert die noch stärkere Unterwerfung des Menschen unter die Maschine bei denen, die noch Arbeit haben. Ob sich durch die KI die stoffliche Grundlage des Kapitalismus grundsätzlich verändern wird, ist noch nicht absehbar.

Im Gegensatz dazu zeichnet den NS-Faschismus die Repression und die Vernichtung von Menschen, vor allem die millionenfache Verschleppung und industriell organisierte Ermordung von Juden*Jüdinnen, aus. Seinem Wesen ist die Auslöschung des Judentums eingebrannt. Daher sind der NS-Faschismus und ein möglicher (Techno-)Faschismus zwei wesentlich unterschiedliche Faschismen. Gemeinsam ist allen Faschismen, dass sie das Ziel verfolgen, die Gewaltenteilung aufzuheben, sich die Justiz, den Staat und die Medien total zu unterwerfen sowie die Arbeiter*innenbewegung völlig zu zerschlagen.

Der (Techno-)Faschismus wäre eine Herrschaftsform des Kapitals, die auf dem *im Kapitalismus* nicht aufhebbaren, alle Lebensbereiche durchziehenden antagonistischen Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital beruht. Aber die Totalität von Integration, Repression, Unterdrückung und Vernichtung durch die herrschende Klasse wird in immer neuer Weise durchbrochen: der Grundwiderspruch ermöglicht objektive und subjektive Widerstandsgrundlagen, verhilft Menschen zu Erkenntnissen und zu Handlungsspielräumen, kann aber schließlich nur durch eine soziale Revolution überwunden werden.

Solange faschistische Strukturen im Kapitalismus nur unterschwellig, einzeln und unverbunden auftreten, bewirken sie noch keine alles umfassende faschistische Ordnung der kapitalistischen Verhältnisse. Es ist schwierig sich über den faschistoiden oder gar

faschistischen Charakter einer Maßnahme oder eines Gesetzes zu verständigen, wenn die bürgerliche Demokratie anscheinend zivilisiert daherkommt und sich mit scheinbar moderner, sauberer Technik verbindet. Außerdem können oberflächlich betrachtet die heutigen Überwachungstechnologien den Individuen bei der Bewältigung ihres immer verdichteteren und intensiver ausgebeuteten Alltags helfen. Sie machen es möglich, die alltägliche Demütigung bzw. Unterdrückung zu verdrängen und scheinbar lustvoll zu kompensieren. Ignoriert wird dabei, dass das totalitäre Potenzial dieser Technologien das der Techniken des NS-Faschismus längst um ein Vielfaches übersteigt.

Als Reaktion auf dem Druck von Staat und Kapital, der übermächtigen Gewalt, lässt sich auch im antikapitalistischen Widerstand eine Tendenz zu autoritären (Kader-)Strukturen beobachten. Diese versprechen für junge Menschen anscheinend im Moment eine größere Wirkungskraft, als das mühsame Ringen um gemeinsame Positionen in Diskussionen und basisdemokratischen Strukturen der sozialen Bewegungen. Es ist auch ein Resultat dessen, dass die sozialen Bewegungen letztlich angesichts der Stärke und Beharrungskraft der kapitalistischen Gegner*innen seit den letzten etwa vier Jahrzehnten nur relative Erfolge erzielen konnten. Irrationalismen wie der Antisemitismus gewinnen auch in sich als antikapitalistisch verstehenden Gruppen an Bedeutung. Seit langem gibt es keine großen Erfolge antiautoritärer Kämpfe mehr. Zerfallsprozesse in der radikalen Linken sind auch bedingt durch die soziale Kälte und Enthemmung in der Gesellschaft, die die Gemeinschaft und Solidarität der Lohnabhängigen zersetzt. In einer solchen Situation wird es schwieriger, sich selbstbestimmt zusammenzuschließen. Es ist einfacher, sich einer Struktur anzuschließen, in der es Anweisungen von oben gibt und dem*der Einzelnen die Entscheidung, was zu tun ist, abgenommen wird.

Es bringt aber auch nichts, die eigenen Emotionen, die Wut nicht mehr im Griff zu haben und einfach (auf einzelne Faschist*innen) wild loszuschlagen, wie es einer anderen Tendenz insbesondere in kleinen Teilen des antifaschistischen Widerstands entspricht. Die Enthemmung, die Entmenschlichung von Gegner*innen, die charakteristisch ist für Faschist*innen, dürfen Linke nicht mitmachen.

So ist der Ausblick für antiautoritäre radikale Linke im Moment düster. Was zurzeit bleibt ist der Abwehrkampf gegen die zunehmende Faschisierung der Gesellschaft und die Arbeit, kontinuierlich darüber aufzuklären, dass die Ursache der Ausbeutung des Menschen und der Zerstörung der Natur der Kapitalismus ist. Das dient auch der Vorbereitung auf Zeiten, in denen die Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Verhältnisse wieder Risse ins System treibt, an denen antiautoritäre antikapitalistische Kämpfe ansetzen können.

Wir wollen eine antiautoritär organisierte Gesellschaft mit basisdemokratisch geplanter Produktion, in der technologische Errungenschaften dafür genutzt werden, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schonen und die Menschen von fremdbestimmter, überflüssiger und krank machender Arbeit zu befreien.

Uns geht es darum, für eine im Prozess der sozialen Revolution grundlegend sich verändernde Gesellschaft zu kämpfen, für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, ohne Waren, ohne Geld und Lohnarbeit. Nur wenn Menschen einer solchen Gesellschaft gemeinsam zum Durchbruch verhelfen, können sie die emanzipatorischen Potenziale der technologischen Errungenschaften nutzbar machen.

Wie es heute ist, kann es nicht bleiben. Dass Menschen sich kaputt arbeiten, dass Produkte minderwertig sind und rasch unbrauchbar, ist ein Teil der zerstörerischen Logik des

Kapitalismus. Die nur auf mehr Profit ausgerichtete Technik, die Menschen, die sie bedienen müssen, kaputt macht, kann ersetzt werden durch Maschinen, die dem Menschen dienen. Die können so konzipiert werden, dass sie unangenehme, stupide, inhumane und krankmachende Arbeit übernehmen. Wenn Menschen über alles, was sie zum Leben brauchen, jederzeit verfügen können, wird es sinnlos Dinge/Gebrauchsgüter und Besitz auf Vorrat anzuhäufen. Wer sollte dann ein Interesse daran haben, Statussymbole zu produzieren? Wenn überflüssiger Besitz keine Rolle mehr spielt, wenn Bedürfnisse sich verändern, wird eine Vielzahl an Produktivkräften frei und die Arbeitszeit wird für alle kürzer. Die natürlichen Ressourcen können geschont, die Zerstörung der Natur, die Klimakatastrophe kann gestoppt werden.

Destruktivkräfte, also Technologien, die in keiner humanen Zukunftsgesellschaft brauchbar sind, weil sie nur dem Profit des Kapitals dienten, können beseitigt werden. – Konsum dient dann einer guten Versorgung der Menschen und nicht mehr der Kompensation eines fremdbestimmten, frustrierenden Lebens und Arbeitens. Damit schrumpft das Reich der Notwendigkeit und das Reich der Freiheit wächst. Gleichzeitig verändern sich die Beziehungen der Menschen untereinander vollständig.

Es bringt keinen individuellen Nutzen, andere übervorteilen zu wollen. Arbeit hört auf, notwendiges Übel zu sein und wird zum Tätigsein. Befreite Arbeit verliert ihre scharfe Trennung zur freien Zeit für die unter den heutigen Bedingungen von Ausbeutung und Entfremdung wie für eine Zuflucht gekämpft werden muss. In dieser Arbeit kann der Mensch zu sich selbst finden, Fähigkeiten erlernen und erproben, Erfahrungen sammeln und austauschen, Kreativität entfalten, und gesellschaftlich Nützliches tun. In einer befreiten Gesellschaft ist Arbeit ein wesentlicher Teil praktischer Solidarität. Was und wie produziert wird entscheiden wir gemeinsam. Radikal verwirklichter Humanismus, nichts anderes ist laut Marx der Kommunismus, ist nur mit der vollständigen Abschaffung der Lohnarbeit und des kapitalistischen Verwertungszwangs möglich.

Beitrag für die Bundeskonferenz der Ökologischen Linken
am 14./15. Dezember 2024 in Köln